

Offener Brief an die Abgeordneten des Bundestages zur Entscheidung über den Tornado-Einsatz in Afghanistan

Berlin, 27. Februar 2007

Sehr geehrte Frau Abgeordnete/Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

anlässlich der anstehenden Abstimmung des deutschen Bundestages über den Einsatz deutscher Tornado-Kampfflugzeuge in Afghanistan appellieren wir an Sie, diesem Antrag der Bundesregierung Ihre Zustimmung zu verweigern und den deutschen Einsatz im Rahmen der ISAF insgesamt kritisch zu überprüfen. Wir sehen uns in der Frage des Tornado-Einsatzes auf der Seite der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung, und zwar unabhängig von den jeweiligen parteipolitischen Präferenzen der Menschen, wie aktuelle Meinungsumfragen bewiesen haben. Das Ergebnis der von uns in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage vom 1./2. Februar 2007 finden Sie in der Anlage. Wir meinen: Afghanistan braucht einen Entwicklungsplan und nicht mehr Truppen oder Tornados.

In Afghanistan, das zu den ärmsten Ländern der Welt zählt und mit 10 Millionen Landminen verseucht ist, bedeutet eine Erhöhung der Truppenstärke und eine Tornado-Stationierung nicht einen Teil der Lösung, sondern einen Teil des Problems. Die US-Außenministerin hat am 26.01.07 weitere 10,6 Milliarden US-\$ für das US-Engagement in Afghanistan angekündigt, von denen ein Großteil für den Aufbau einheimischer Truppen im Dienst der Interventionsstrategie sowie für die Aufstockung der US-Truppen im Lande verwendet werden soll. Die US-Forderung nach deutschen Tornados ist Bestandteil dieses militärischen Konzepts gegenüber dem seit nahezu 30 Jahren kriegsgeplagten Land.

Deutschland würde sich im Fall der Zustimmung des Bundestages zum Tornado-Einsatz dem unkalkulierbaren Zwang aussetzen, künftig von weiteren kriegerischen Unternehmungen von NATO oder USA automatisch vereinnahmt zu werden.

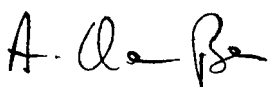
Auch die Erkundung von Zielen für Bomben und Raketen ist Bestandteil kriegerischen Handelns, das erfahrungsgemäß nur neuen terroristischen Hass und neue blutige Gewalt hervorbringt, wie der Irak-Krieg auf schreckliche Weise demonstriert.

Die zivilen Wiederaufbau-Hilfen sind aus unserer Sicht bisher kaum der afghanischen Bevölkerung zugute gekommen. Milliarden von Dollars, die auf diversen Geberkonferenzen versprochen wurden, sind auf einem Sonderkonto der Weltbank geparkt bzw. fließen überwiegend den etwa 2500 in Afghanistan tätigen ausländischen Nichtregierungsorganisationen zu. Experten ausländischer Hilfsorganisationen kritisieren, dass weit mehr Geld in die Militärstrategie investiert wird als in zivile Hilfe, und dass letztere sich oft auf das Zentrum Kabul konzentriert und die Menschen in den Provinzen vernachlässigt.

Wir meinen: Nur eine Entwicklung, die alle politischen Kräfte und Regionen des Landes in einen politischen Prozess entsprechend den örtlichen Bedingungen einbezieht und die substanzielle zivilgesellschaftliche Aufbauhilfe bietet, kann in Afghanistan auf Dauer Frieden schaffen und der Demokratie den Weg ebnen.

Wir werden die Abstimmung im Bundestag ebenso wie deren weitergehende Folgen sorgsam beobachten und auch zu späteren Anlässen an Ihre Entscheidung erinnern.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Angelika Claußen
Vorsitzende der IPPNW